

Gastkommentar

Banken brauchen Freiraum



Die Regulierung der Finanzbranche darf in Deutschland nicht über das Ziel hinausschießen, fordert **Harald Christ**.

Mit der von US-Präsident Trump angeordneten Überprüfung des „Dodd-Frank Acts“ ist der Auftakt zu einer massiven Deregulierung des Finanzsektors eingeläutet. Bereits im Wahlkampf hatte Trump angekündigt, Teile der Bankenregulierung rückgängig machen zu wollen und so „die Aufsicht über die Finanzbranche auf eine Weise wiederherzustellen, die den amerikanischen Arbeitern nicht schadet“.

Ein Blick zurück: Politik und Regulierer sind nach der Lehman-Pleite im Jahr 2008 und den darauf folgenden milliardenschweren steuerfinanzierten Rettungsaktionen angetreten, das weltweite Finanzsystem zu stabilisieren und ungesunde Auswüchse zu vermeiden. In diesem Zuge sollte auch das bisher geltende, unter dem Stichwort „Basel III“ bekannte Regelwerk überarbeitet werden. Seitdem sind internationale Regulierungsbehörden bemüht, strenge Regeln gegen ungesunde Auswüchse wie beispielsweise im Eigenhandel oder im Geschäft mit Kreditderivaten aufzustellen. Der Baseler Ausschuss befindet sich auf der Zielgeraden einer internationalen Vereinbarung, um neue Rahmenbedingun-

gen und eine global einheitliche Regulierung von Finanzinstitutionen zu gewährleisten. Die als „Basel IV“ bekannt gewordene Regulierung soll vor allem die Eigenkapitalbasis der Banken stärken.

Auf den eingeleiteten U-Turn in den USA müssen nun sowohl die europäische Politik als auch die Banken eine Antwort finden. Denn bereits vor dem radikalen Richtungswechsel der US-Administration mehrten sich Stimmen, die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Institute solle nicht durch eine übertriebene Regulierung gefährdet werden. Der Anstoß zu Basel II kam zwar aus den USA, wurde aber vor allem in Europa konsequent umgesetzt. Auch Basel III gilt in den USA - anders als in Europa - nur für Großbanken.

Europas Regulierungsbehörden stehen vor dem Dilemma, auf der einen Seite eine effektive Bankenregulierung zu gewährleisten und auf der anderen Seite eine Antwort auf die absehbare Laissez-faire-Haltung in den USA zu finden. Insbesondere die deutsche Aufsicht muss jetzt darüber wachen, dass die Regulierung nicht über das Ziel hinausschießt, und Sorge für ein faires regulatorisches „level playing field“ tragen.

Banken brauchen Freiraum, um profitabel eine starke Position im Wettbewerb zu erlangen. Nur so können sie die Wirtschaft, aber auch die Kommunen weiter mit Krediten versorgen. Um in diesen unsicheren Zeiten wettbewerbsfähig zu bleiben, stehen Kreditinstitute ohnehin vor der dringenden Aufgabe, ihre Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz zu steigern. Dabei wird die oft genutzte Kostensenkungsmethode nach dem Rasenmäherprinzip bei vielen Instituten nicht ausreichen.

Der Autor ist geschäftsführendes Präsidiumsmitglied im Wirtschaftsforum der SPD. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

”

Europas Regulierer müssen eine Antwort auf das absehbare Laissez-faire in den USA finden.